



TARIFAUSEINANDERSETZUNG

Angebot des Senats nicht akzeptabel

Das Gesprächsangebot des Senats zur Übernahme des Tarifabschlusses kam spät und war nicht akzeptabel. Auf seiner Klausur am 4. April beschloss die Senatsrunde folgendes Angebot an die Gewerkschaften (Zitat aus der Pressemeldung der Pressestelle des Senats):

Der Vorschlag sieht vor, für Beamte und Pensionäre bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 10 die für Angestellte beschlossene Regelung ab 1. Juli zeitlich versetzt zu übernehmen. Für sie soll die Besoldung um 2,65 Prozent zum 1. Juli 2013 und um 2,95 Prozent zum 1. Juli 2014 steigen. Für die Besoldungsgruppen A 11 und A 12 gibt es in jedem Jahr zu diesem Zeitpunkt ein Prozent mehr Besoldung. Für höhere Besoldungsgruppen ab A 13 gibt es keine Tarifierhöhung. Das wäre eine finanziell verkraftbare, sozial annehmbare, weil gestaffelte Lösung. Der Senat wird darüber kurzfristig Gespräche mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes führen.

Dabei ist das Tarifergebnis unter der maßgeblichen Beteiligung Bremens in Gestalt von Finanzsenatorin Karoline Linnert zustande gekommen und dies durchaus zufriedenstellend. Zurück in Bremen wurde es jedoch gleich wieder „bejammert“ mit dem Hinweis, dass es für die Beamtinnen und Beamten nicht in Frage käme. Souffliert wurde diese Aussage vom Weserkurier, der in mehreren

bei Erscheinen dieser Ausgabe der „Deutschen Polizei“ bereits hinter uns.

In der nach der Senatsklausur folgenden Sitzung des Gewerkschaftsrates der SPD machten die DGB-Gewerkschaftsspitzen in aller Deutlichkeit klar, dass sie bereit seien, für eine gerechte Einkommensentwicklung von Beamten und Versorgungsempfängern zu kämpfen. In der Loslösung des Beamtenbereichs von der



großen Artikeln auf die sogenannten „Lasten“ durch die Pensionen hinwies. Beamtinnen und Beamten haben demzufolge regelmäßig Verzicht zu üben, damit das Bundesland mit der zweitstärksten Wirtschaftskraft überleben kann.

Einkommensentwicklung könne man keine „soziale Komponente“ entdecken. Sie habe nichts, aber auch gar nichts mit „Gerechtigkeit“ zu tun, die die SPD auf ihren Wahlplakaten ankündigte.

Unser Widerstand kann erwartet werden

Die Gewerkschaften im DGB bereiten bereits im Vorfeld Protestmaßnahmen vor. Die GdP übersandte Bürgermeister Jens Böhrnsen ein Schreiben mit folgendem Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Böhrnsen, die Entscheidung des Senats, das für die Beschäftigten der Länder ausgehandelte Tarifergebnis nicht vollständig auf die Landesbeamten zu übertragen, ist nicht akzeptabel. Das vorliegende „Angebot“ ist schon deshalb ungerecht, weil durch die zeitlich verzögerte Übernahme ein weiteres Mal Beamte überproportional zur Haushaltssanierung herangezogen werden. Die erneute zeitliche Abkoppelung von Polizeibeamten bis A 10, die Aufteilung der Besoldungsgruppen in „Ein- und

Lohnverzicht in der Vergangenheit ohne spürbares Ergebnis für den Haushalt

Dieser Verzicht hat in der Vergangenheit auch nicht dazu geführt, dass Bremen spürbar einsparte. Man kann es auch anders formulieren, vielleicht versetzte er Bremen in die Lage, Luxusfinanzierungen wie Riesenräder auf dem Rembertiring oder fragwürdige Rückbauten von Straßen in Angriff zu nehmen.

Kurz vor Beginn der o. g. Senatsklausur sprachen die Spitzen der DGB-Gewerkschaften im Rathaus beim Senat vor und überbrachten den Bürgermeistern Jens Böhrnsen und Karoline Linnert die schriftliche Aufforderung, sofort Verhandlungen mit dem DGB zur Übernahme des Tarifabschlusses aufzunehmen. Diese Forderung fand dann auch Eingang in den Beschluss des Senats. Ein erster Gesprächstermin (22. April) liegt



unter einem guten Stern

Mit dem vorliegenden Angebot sollen Beamte wie in der Vergangenheit ein weiteres Mal überproportional an der Haushaltssanierung Bremens beteiligt werden. Die zeitliche Abkoppelung der Besoldungsgruppen bis A 10, die Einteilung der Besoldungsgruppen in „Ein- und Nullprozentner“ führt zu einer systematischen und dauerhaften Loslösung von der Einkommensentwicklung.

Fortsetzung auf Seite 2



TARIFAUSEINANDERSETZUNG

Fortsetzung von Seite 1

Nullprozenter“, führt zu einer dauerhaften Loslösung von der Einkommensentwicklung. Die Folge ist Frust, Wut, Empörung und Enttäuschung. Darüber hinaus verstärkt das Vorhaben die schleichende Entwicklung hin zum Loyalitätsverlust.

Bremen hat durch die Finanzsenatorin und stellvertretende Verhandlungsführerin der Länder, Frau Linnert, das Tarifergebnis maßgeblich gestaltet. Es ist richtig, wenn leitende Angestellte Bremens von dem Tarifabschluss profitieren aber ungerecht, wenn Führungskräfte der Polizei dagegen leer ausgehen. Konsequenz wäre es gewesen, beim Tarifabschluss bereits die vollständige Übernahme auf die Beamten und Versorgungsempfänger zu berücksichtigen.

Das Bundesverfassungsgericht hat inzwischen mehrfach klargestellt, dass finanzielle Erwägungen und das Bemühen, Ausgaben zu sparen, nicht als ausreichende

Legitimation für eine Kürzung der Altersversorgung (Besoldung) angesehen werden können.

Darüber hinaus hat der Senat mit der Differenzierung nach Besoldungsstufen das verfassungsrechtlich geschützte Alimentationsprinzip verletzt, denn mit der Differenzierung nach Besoldungsstufen wurde sowohl das Abstandsgebot als auch das Leistungsprinzip missachtet.

Wir ersparen es uns an dieser Stelle, die vielen Sonderopfer, die den Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren bereits aufgebürdet wurden, erneut aufzuzählen. Für Polizeibeamte ist allerdings festzuhalten, dass sie zu einem großen Teil auf höher bewerteten Stellen eingesetzt werden. Eine funktionsgerechte Besoldung ist nicht erkennbar. Leistung lohnt sich nicht.

Wenn der Arbeitgeber auf der einen Seite auf die Beamtenpflichten pocht, muss er auf der anderen Seite auch seinen Teil der Verpflichtungen einhalten. Kündigt der Arbeitgeber sie einseitig auf, stellt er die kompletten Rahmenbedingungen infrage und das gesamte Regelwerk muss

neu betrachtet werden. Damit würden die Karten im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Beamten neu gemischt.

Wir sind nicht bereit, ein erneutes Sonderopfer widerstandslos hinzunehmen und fordern die vollständige Übernahme des Tarifergebnisses.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Göbel
Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden wieder einmal gemeinsam für unsere Einkommen kämpfen müssen. Dabei ist es gleichgültig, ob Polizeipräsident oder Sachbearbeiter. Wir sollen auf Jahre hinaus von der Einkommensentwicklung losgelöst werden. Es wird nach Lesart des Arbeitgebers nie den „richtigen Zeitpunkt“ für eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme eines Tarifergebnisses geben.

Wer kämpft, kann gewinnen, und wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Horst Göbel

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die **Juni-Ausgabe 2013**, Landesjournal Bremen, ist der **6. Mai 2013**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

KOMMENTAR**Beamtenhatz einmal anders**

Tarifverhandlungen kommen doch immer wieder überraschend, besonders für Haushaltspolitiker. Wie sonst ist es zu erklären, dass bei Haushaltsplanungen zu erwartende Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst weitestgehend unberücksichtigt bleiben? Besonders, wenn die eigene Finanzsenatorin als Verhandlungsführerin das Verhandlungsergebnis wesentlich mitbestimmt.

Die eingeleiteten Rückstellungen im Haushalt zeigen deutlich: Es war von vorneherein geplant, die Beamten von der Einkommensentwicklung abzukoppeln. Frau Linnert bezeichnete diese Vorgehensweise bereits als Klassiker. Für die Beamten gelten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst schon lange nicht mehr und sie werden auch in Zukunft keine Gültigkeit mehr für Polizisten, Feuerwehrleute, Staatsanwälte, Richter etc. haben.

Dass die Attraktivität dieser Berufe dadurch stark gefährdet ist, wird inkaufgenommen. Dass die Motivation der Belegschaft kurzfristig kräftig nachlässt, ist einkalkuliert, Zeit heilt alle Wunden.

Dass jetzt aber mit dem taktischen Schachzug der Nullrunde für höhere Besoldungsgruppen der Versuch gestartet wird, die Beamtenschaft zu splitten, grenzt an Bösartigkeit. Die Verachtung, die hieraus gegenüber allen Beamten spricht, sucht ihresgleichen. Dabei wird geschickt davon abgelenkt, dass auch die unteren Besoldungsgruppen erst um mehrere Monate verzögert mehr Geld bekommen sollen, dass die mittleren Gruppen nur ein mageres Prozent ebenfalls verzögert erhalten und dass sich damit die Differenz zwischen den Besoldungsgruppen erheblich verringert. Das spart in Zukunft bei Beförderungen! Noch zweimal diese Vorgehensweise, dann muss sich der Beamte degradieren lassen, um mehr Geld zu bekommen.

Es ist an der Zeit, dass die Beamten zeigen: Auch sie können Nullrunden. Streikenden dürfen sie ja nicht.

Wolfgang Ahlers



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



ARBEITSSICHERHEIT

Gesundheits- gefährdung durch Drucker?

Der Drucker des Typs „Samsung ML-3471 ND“ weist nach einem Gutachten des Bremer Umweltinstituts eine ungewöhnlich hohe Rate von Emissionen durch Feinstäube auf. Anlass des Gutachtens war eine ungewöhnlich hohe Rate von Krebserkrankungen bei Mitarbeitern des Amtsgerichts Burgwedel. Als bei einer Untersuchung der örtlichen Gegebenheiten ein Drucker des o. g. Typs wegen hoher Emissionen auffiel, ließ das niedersächsische Justizministerium ein Gutachten anfertigen. Nach Bekanntwerden dieses Problems wiesen wir den Senator für Inneres auf das Gutachten hin und verlangten eine Überprüfung seines Verantwortungsbereichs auf Drucker des o. g. Typs sowie deren Austausch. Zeitgleich ging diese Forderung durch den Gesamtpersonalrat an die Senatorin für Finanzen. Darüber hinaus empfahlen wir dringend, das Thema so schnell wie möglich behördenintern zu kommunizieren und gleichzeitig noch einmal allgemeine Informationen über mögliche Gesundheitsgefahren beim Umgang mit Druckern und Kopierern sowie deren Vermeidung weiterzugeben.

Der Senator für Inneres leitete darauf eine Überprüfung in seinem Verantwortungsbereich ein und teilte der GdP mit, dass es bei der OPB Bremerhaven keine und bei der Polizei Bremen 675 Drucker des o. g. Typs gäbe. Die Behördenleitung sei dabei, Informationen und Handlungsempfehlungen vorzubereiten und zeitnah zu verbreiten. Darüber hinaus ergab eine Nachfrage der GdP, dass solche Drucker im Stadtamt keine Verwendung finden.

Drucker sollen ausgetauscht werden

In seiner Februar-Sitzung beschloss der IT-Ausschuss der bremischen Verwaltung eine Vorlage der Senatorin für Finanzen, die Drucker Samsung Typ ML-3471 ND bzw. ML-3470 vorrangig zu ersetzen. Sie dürfen nur noch mit Zustimmung der Beschäftigten an den Arbeitsplätzen verwendet werden. Für die Polizeibehörde kam der Personalrat mit der Behördenleitung überein, vorrangig Zentraldrucker einzusetzen. Dort, wo Drucker an den Arbeitsplätzen notwendig sind, werden Tintenstrahldrucker beschafft.

Der Landesvorstand

VERSORGUNGSRECHT

Versorgung aus dem Endamt

Reaktionen auf Forderungen der GdP

Für die Versorgung aus dem Endamt ist nicht nur die Wartezeit, sondern auch die Dauer der ausgeübten Funktion maßgeblich.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2007 die dreijährige Wartezeit für die Versorgung aus dem Endamt für verfassungswidrig erklärt (2 BvL 11/04 – BVerfGE 117, 372). Damit waren wieder die einschlägigen Vorschriften des Versorgungsgesetzes von 1997 anzuwenden



und seitdem gilt wieder die zweijährige Wartezeit für die Versorgung aus dem Endamt.

Ergänzend dazu hat das Bundesverwaltungsgericht am 26. September 2012 (BVerwG 2 C 48.11) entschieden und diese Entscheidung Mitte Januar 2013 veröffentlicht, dass auch der § 5 Abs. 3 Satz 4 BeamtVG in der Fassung von 1997 Anwendung findet. Dieser besagt, „**dass Zeiten, in denen der Beamte vor der Amtsübertragung die höherwertigen Funktionen des ihm später übertragenen Amtes tatsächlich wahrgenommen hat, in die Zweijahresfrist einzurechnen sind.**“

Folglich sind nicht nur die Dienstzeiten im letzten Amt vor dem Eintritt in den Ruhestand bei der Berechnung der Wartezeit zu berücksichtigen, sondern daneben auch die Zeiten der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung einer höherwertigen Tätigkeit, bevor die Beförderung/Hebung in das letzte Amt erfolgt ist.

So informierten wir am 30. Januar 2013 die Kolleginnen und Kollegen über eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die Mitte Januar 2013 veröffent-

licht wurde. Zeitgleich forderten wir den Senator für Inneres und die Senatorin für Finanzen auf, eine Verfahrensweise zur Überprüfung bestehender Versorgungsbeziehungen zu finden.

Eine Reaktion ist inzwischen erfolgt. Während der Senator für Inneres zusagte, der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts Rechnung zu tragen, die Maßnahmen allerdings aus organisatorischen Gründen nur auf Antrag einzuleiten (eine Vorgehensweise, die das BVG in seiner Urteilsbegründung ablehnte), fand die Senatorin für Finanzen einen anderen Weg. Sie sagte in einem Schreiben an die Gewerkschaft der Polizei zu, von sich aus tätig zu werden. Das Haus Senatorin für Finanzen wird überprüfen, welche Kollegen auf eine höhere Versorgung aufgrund des BVG-Urteils Anspruch haben. Obgleich das BVG genau diese Verfahrensweise im Blick hatte, möchten wir uns dennoch bei der Senatorin für Finanzen für die schnelle und unkomplizierte Reaktion bedanken.

Der Landesvorstand

NETZWERK

GdP Bremen jetzt bei Facebook

Über soziale Netzwerke im Internet gibt es unterschiedliche Auffassungen. Auch sehr kritische, die nicht unberechtigt sind. Doch unsere Gewerkschaft kann nicht die Augen davor verschließen, dass sich auch viele Kolleginnen und Kollegen bei „Facebook und Co.“ tummeln. Daher haben wir uns entschlossen, dort ebenfalls präsent zu sein. Kollege Kai Rohmeder hat für uns den Auftritt bei Facebook eingerichtet und wird ihn beständig pflegen. Wer sich dort umschauchen möchte, kann es unter diesem Link tun:

<http://www.gdp.de/gdp/gdphb.nsf/id/Impressum>

Der Landesvorstand



Zwischenstand Schichtzulage und Vorsorgekur

In der März-Ausgabe hatten wir darüber berichtet, dass Kolleginnen und Kollegen, die in Praktika verwendet worden waren, nach der Rückkehr in ihre originäre Schichttätigkeit über Wochen keine Schichtzulage erhalten sollten. Außerdem sollte durch Unterbrechung der Schichtdiensttätigkeit der Anspruch auf eine Vorsorgekur verlorengegangen sein.

Schichtzulage

Hier ist inzwischen auch durch Weisung des Polizeipräsidenten klargestellt worden, dass Kolleginnen und Kollegen des Wechselschichtdienstes, die sich im Interesse der Polizei befristet in andere Aufgaben (z. B. Praktikum) einbringen, nach Rückkehr nicht anders gestellt werden als diejenigen, die den Wechsel-

schichtdienst durchgängig absolviert haben. D. h., wer nach dem Praktikum in den Schichtdienst zurückkehrt, soll so behandelt werden, als sei er nicht aus dem Schichtdienst ausgestiegen, sodass in diesen Fällen die in der Erschwerniszulagen-VO zu erbringenden Nachweise (zehn Wochen etc.) nach Rückkehr in den Schichtdienst keine Relevanz haben. Für die Zeit des Praktikums (Tagesdienst) besteht kein Anspruch auf Schichtzulage (was aber auch nicht eingefordert wurde).

Dagegen soll in allen anderen Fällen des Eintritts bzw. der Rückkehr in den Schichtdienst die Prüfung der Anspruchsvoraussetzung über einen – auch nicht durch z. B. Urlaub, Krankheit oder Fortbildung unterbrochenen – Zeitraum von zehn bzw. 14 Wochen Bestand ha-

ben. Weiter soll eine in etwa gleichgewichtige Verteilung von Früh-, Spät- und Nachtdienststunden gefordert werden.

Vorsorgekuren

Die Bindung an fünf Jahre durchgehenden Schichtdienst ist kein Bestandteil einer Verordnung oder dergleichen, sondern eine Weisungslage des SIS, um die begrenzt vorhandenen Mittel anhand nachvollziehbarer Kriterien einzusetzen; Ausnahmen dazu können zwischen SIS und Polizei durchaus vereinbart werden.

So sind Ausnahmen in 2009 in Abstimmung mit dem Personalrat formuliert worden, wonach BeamtInnen mit Unterbrechungszeiten analog der Praxistrainer (vier Monate) in den Genuss einer Vorsorgekur kommen sollen. Bei längeren Un-

Anzeige

Sonderwerbeaktion 50 Jahre GdP Bremen

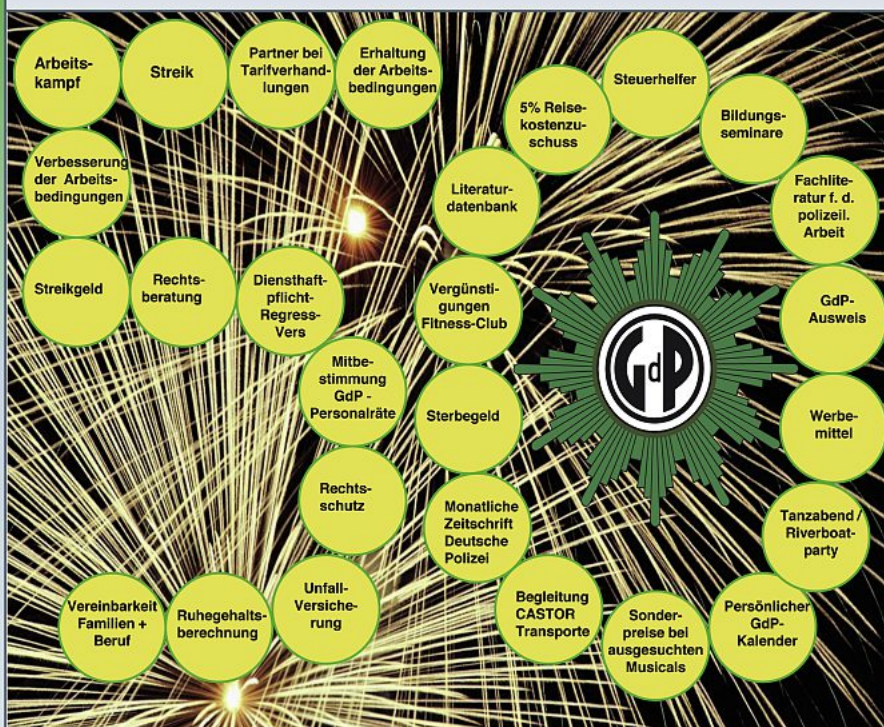
Jeder, der im Aktionszeitraum in die GdP eintritt, bezahlt 5 Monate lang einen Jubiläumsmitgliedsbeitrag von € 5,00 pro Monat bei voller Leistung der GdP.

Jedes Neumitglied erhält eine Bargeldprämie in Höhe von € 50,00.

Jeder Werber erhält eine Bargeldprämie in Höhe von € 25,00 als Dankeschön.

Jetzt Mitglied werden!

Seit 50 Jahren setzen wir uns erfolgreich für Dich ein:



Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bremen
Bgm.-Smidt-Str. 78
28195 Bremen

Tel: 0421 94 95 850 Behörde: 10948
Fax: 0421 94 95 859
Email: info@gdp-hb.de



FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

terbrechungs- bzw. Verwendungszeiten im Tagesdienst, z. B. bei mehrmaliger Verwendung in einem Praktikum, ist ein Anspruch auf eine Vorsorgekur derzeit nicht gegeben. Hier gibt es ja vielleicht noch weiteren Vereinbarungsbedarf.

Wir bleiben da „am Ball“ ...

Diese Informationen haben uns leider bisher nicht auf direktem Weg aus der Direktion FP erreicht, sondern mussten aus anderen Quellen zusammengetragen werden.

Da wir zur Prüfung des Anspruchs auf Schichtzulage weiter eine auf aktueller Rechtsprechung beruhende andere Ansicht vertreten und auch vermeintliche Berechnungsfehler in RevierS und ihre Auswirkung bisher nicht erklärt wurden, haben wir dies erneut der Direktion FP vorgetragen.

Michael Hellberg,
stv. Vors. FG BePo

Gespräch mit der Leitung der Bereitschaftspolizei

Anfang April kam es im Rahmen „vereinbarter Kommunikation“, diesmal auf Einladung der Fachgruppe zu einem Gespräch mit der Leitung der Bereitschaftspolizei. Während der Vorstandssitzung nahmen **LPD Michael Steines** und **PD Kai Ditzel** in einem offenen und teilweise kontrovers geführten Gespräch Stellung zu Themenbereichen wie Dienstpläne, Belastungen im täglichen Dienst und der Sonderlage, Überstunden, Ausrüstung und Personalsituation aus Sicht der Bereitschaftspolizei.

Wenn auch nicht in allen Punkten Übereinstimmung bestand, war doch erkennbar, dass unsere Leitung die gewerkschaftliche Ansicht wahr- und ernst-

nimmt sowie eine Fortsetzung des Dialogs gewünscht ist; darüber werden wir zeitnah berichten und informieren. Wir danken dafür aber schon jetzt der Leitung der Bereitschaftspolizei.

Michael Hellberg
stv. Vors. FG BePo



Anzeige

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der Gewerkschaft der Polizei bei, deren Satzung ich anerkenne.

Bitte ausfüllen und anschließend unterschrieben an den Landstestzirk oder die entsprechende Untergliederung senden

Ich ermächtige die Gewerkschaft der Polizei und die in ihrem Auftrag handelnde Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH, die in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Daten zu speichern, soweit dies zur üblichen Betreuung des Ermächtigenden oder zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erforderlich ist. Die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zur Datenübermittlung bleiben unberührt. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Umzugsfalle meine neue Adresse an den Verleger der Mitgliedszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI weiterleitet.

PASSFOTO

LB MITGLIEDSNUMMER

LANDESBEZIRK

ANREDE HERR FRAU TITEL

NAME/VORNAME

GEBURTSdatum

STRASSE UND HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL/ORT

BUNDESLAND

BANKVERBINDUNG

BANKLEITZAHL

KONTONUMMER

GEWERKSCHAFTSBEITRITT/KREISGRUPPE

EINTRITT POLIZEIDienst

STATUS BEAMTE(R) BESCHÄFTIGTE(R) [ANGESTELLTE(R), ARBEITER(IN)]

BEI: SCHIFF/KRIP/VERW/BfAW/WASSERSCHUTZ/ETC

TEILZEIT NEIN JA STD/WOCHE

BESOLDUNGS-, VERGÜTUNGS-, LOHN-, ENTGELTGRUPPE

BISHERIGE MITGLIEDSCHAFT IN ANDEREN GEWERKSCHAFTEN

TELEFON Privat: Dienstlich:

MOBILTELEFON Privat: Dienstlich:

TELEFAX Privat: Dienstlich:

E-MAIL Privat: Dienstlich:

Abbuchung ab:

Aufgenommen durch:

Name

Mitgliedsnummer Werber

von/bis:

Dienstlich:

Dienstlich:

Dienstlich:

Dienstlich:

ORT

DATUM

UNTERSCHRIFT

GdP-

Jubiläums-

wochen 2013

Landesbezirk Bremen

50 Jahre

1963 2013

unter einem guten Stern

Jetzt Mitglied werden!

Nur gültig vom

05.04. bis 24.05.2013



Werksbesichtigung bei AMBAU Cuxhaven

Ein Besuch nicht nur für technisch interessierte Pensionäre

Am 23. März waren 13 Pensionäre zu einer Besichtigung bei der Firma AMBAU, die u. a. in Cuxhaven für die Produktion von Großrohrsegmenten, Türmen für die Errichtung von Offshore-Windanlagen inklusive Korrosionsschutz und Wartung zuständig ist.

Voraussetzung für diese Arbeiten in den Hallen der Firma AMBAU ist, wie wir gesehen haben und feststellen konnten, hervorragendes Material und präzise Arbeiten in allen Bereichen.

Uns wurden die sensiblen Anlagen und das millimetergenaue Arbeiten während der laufenden Produktion in den Hallen durch den Leiter der Fertigungshallen, Herrn T. Meinert, sehr ausführlich erklärt. Die Fragen der Kollegen zu den Vorgängen wurden umgehend vor Ort beantwortet, sodass keine Frage unbeantwortet blieb.

Beeindruckt waren alle Kollegen von den Maßen der Anlagenteile zur Herstellung der Stahlrohtürme, die hier in den Hallen für den Offshore-Bereich gefertigt werden. Genaues Arbeiten bei Maßeinheiten von/bis sieben Metern Durchmesser und von/bis acht Metern Länge.

Das Walzen der großen und dicken Stahlplatten zu gigantischen Stahlrohtürmen war beeindruckend. Jede Frage hierzu über Gewichte, Druck, Temperatur,



Erlebten einen interessanten Tag, unsere Senioren bei der Werksbesichtigung.

Maßeinheiten, Zeitaufwand, Genauigkeit und Toleranzgrenzen wurden von Herrn Meinert umgehend und ausführlich beantwortet. Keine Frage der Kollegen blieb unbeantwortet, das war Information vor Ort und zur richtigen Zeit.

Zum Ende unseres Besuches bei der Firma AMBAU war das Ergebnis/Produkt aus der Halle auf dem Freigelände

zu sehen. Alle Kollegen waren überrascht, wieviel Aufwand doch notwendig ist, um das gesetzte Ziel über die erneuerbare Energie zu erreichen.

Wir bedankten uns bei Herrn Meinert für die vielen ausführlichen und auch beeindruckenden Informationen.

Herbert Meyer

Termine Mai

Bremerhaven

Dienstag, 14. Mai 2013, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8
Programm siehe Termine Bremerhaven

Bremen

Donnerstag, 2. Mai 2013, 15.30 Uhr, Grollander Krug
Zu diesem Termin stellen Mitarbeiter des ADAC ein neues Programm „Sicher mobil“ für Verkehrsteilnehmer 50Plus vor.

Wolfgang Karzenburg

Termine Bremerhaven

Zu unserer **Sitzung am Dienstag, dem 14. Mai, 16.00 Uhr**, habe ich einen Referenten von der **PVAG Signal-Iduna** eingeladen, um zum Thema „Kann die Beihilfe die Lücken in der Pflegeversicherung schließen?“ zu referieren. Dieses Thema geht uns alle an, um zu vermeiden, dass wir bei Pflegefällen keine finanzielle Unterdeckung haben.

Am **Donnerstag, dem 13. Juni**, starten wir wieder zu unserer traditionellen **Schreiberdampferfahrt nach Bremen** mit Programm. Anmeldungen entweder bei unseren Sitzungen im Ernst-Barlach-Haus oder bei den drei Seniorenvertretern für den Bereich Bremerhaven.

Wolfgang Stanger	04 71/8 7654
Wolfgang Rooch	04 71/5 16 61
Herbert Meyer	0 47 43/77 96



RAUCHEN AM ARBEITSPLATZ

To smoke or not to smoke ...

Ich bin Nichtraucher! Ich habe noch nie geraucht! Das ist möglicherweise auch der Grund dafür, dass ich keiner von diesen Nichtraucherfaschos bin, die früher selbst Kette gequarzt haben und heute inquisitorisch Raucher verbrennen, natürlich nur im übertragenen Sinne.

Nee, ich finde sogar, dass wir uns an den Rauchern ein Beispiel nehmen sollten.

Wer eine schmöken geht, muss das Haus verlassen. Der Raucher sorgt damit für regelmäßige moderate Bewegung. Und dann steht er bei Wind und Wetter draußen vor der Tür und setzt sich damit nicht nur den vielfältigen Aromen und Giftstoffen seiner Fluppe aus, sondern zweifellos auch in erheblichem Umfang der draußen herrschenden frischen Luft.

Vor der Tür – in der „Smokers Corner“ – trifft er vielfach Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bereichen und man spricht nicht nur über das Wetter, sondern tauscht sich auch über Dienstliches aus. Mit etwas Glück bekommt man sogar die eine oder andere Anregung zu

einem dienstlichen Problem, mit dem man sich gerade auseinandersetzt.

Und damit liegt der Raucher voll im Trend.

Arbeitsmediziner fordern angesichts der pathologisch zunehmenden Leistungsverdichtung einen regelmäßigen



Ausstieg aus dem dienstlichen Kommunikationszwang. Fortschrittliche Betriebe lassen es daher zu, dass die Beschäftigten „Auszeiten“ nehmen und vorüberge-

hend nicht erreichbar sind. Außerdem fördern Betriebe, die von der hohen Leistungsfähigkeit und Kreativität ihrer Mitarbeiter abhängig sind, die anlassunabhängige Kommunikation zwischen Beschäftigten unterschiedlicher Organisationseinheiten. In diesen Betrieben werden in den zu „Bürowelten“ umgestalteten Arbeitsbereichen Treffpunkte eingerichtet, die dort „Meeting-Points“ heißen, was das Gleiche ist, bloß auf Englisch.

Raucher sind also ganz weit vorne und es ist komplett sinnfrei, den Kolleginnen und Kollegen, die eine schmöken gehen, dafür Zeit abzuziehen, noch dazu angeblich pauschal, was darüber hinaus auch noch arbeits- und beamtenrechtlich mehr als fragwürdig wäre.

Im Gegenteil, die Behörde sollte die Rückzugsbereiche für Raucher so gestalten, dass man sich dort wohlfühlt. Es muss dort geschützt und so schön sein, dass auch die Nichtraucher ihre „Auszeiten“ nehmen und diese Bereiche regelmäßig und gerne aufsuchen.

Den Nichtrauchern wird es dann bald schon bessergehen.

Und den Rauchern auch, wenn sie aufhören zu rauchen.

Jörg Eilers

KREISGRUPPE BREMERHAVEN

„Bitte anschnallen“

Polizisten des Einsatzdienstes haben während ihres Dienstes geradezu unglaublich breite Hüften, was nicht auf falsche Ernährung, sondern darauf zurückzuführen ist, dass sie an ihrem Gürtel – berufsübliche Bezeichnung Koppel – ein ganzes Arsenal an Gerätschaften mitführen müssen. Damit zwingen sie sich dann in einen Touran, der als Familienkutsche und nicht als Spezialfahrzeug für, wenn auch nur künstlich, Adipöse konstruiert wurde. Und weil das so ist, können sich Polizisten in dem Touran dann nicht anschnallen. Außerdem hat der Touran nicht viel mehr Bodenfreiheit als eine Boa Constrictor. Keine guten Voraussetzungen für Verfolgungsfahr-

ten auf Bremerhavens maroden Nebenstraßen.

Als GdP-Kreisgruppe setzen wir uns daher für einen „Systemwechsel“ ein, wie es so schön heißt. Das beste Einsatzfahrzeug wäre ein VW-Bus. Der ist aber viel zu teuer, den kann sich die Behörde nicht leisten. Wie wir erfahren, stellt die Polizei Bremen sukzessiv auf den Passat um. „Nicht bequem, geht aber“, erklären die Kollegen des Polizeipräsidiums. Man stelle sich vor, ein Büroarbeitsplatz wird eingerichtet und man stellt einen Küchensstuhl an den Schreibtisch. Das wäre auch nicht bequem, geht aber!

„Nicht bequem, geht aber“, ist für einen Arbeitsplatz inakzeptabel. Im Passat kann man sich als voll aufgerödelter Poli-

zist nur anschnallen, wenn das Gurt-schloss verlängert wurde.

Bei der Ortspolizeibehörde wurde auf Initiative der Kreisgruppe eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen beschäftigen soll. In dieser Arbeitsgruppe wirken auch die „User“, sprich Beamte, des Einsatzdienstes mit. Die AG wird jetzt prüfen, ob der Opel Insignia, der Ford Mondeo oder vielleicht doch der Passat besser geeignet sind. Außerdem wird aufgrund der Anregung eines Kollegen des Einsatzdienstes auch der VW Tiguan in die Prüfung einbezogen, der zur Probe auch schon von der WSP in Bremen eingesetzt wurde.

Jörg Eilers



Vereinbarkeit von Beruf und Familie – der Weg in die Altersarmut

Familie ist trotz Bekenntnis der Führungskräfte für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer noch ein „Frauenthema“. Nach wie vor haben Frauen Kinder und/oder pflegebedürftige Angehörige. Männer kennen diese Probleme nicht, sie haben ihre Frauen.

Anders ist es nicht zu erklären, dass weniger als 10% der Väter mehr als die zwei Monate Elternzeit geschweige denn die Möglichkeit von Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen. Bei der Pflege von Angehörigen ist dieser Prozentsatz der pflegenden Männer noch wesentlich geringer.

Auch die Polizei Bremen unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der freien Wirtschaft. Das Rollenverhalten unserer Mütter und Großmütter ist in

Deutschland immer noch präsent. Der Hauptverdiener ist der Mann und die Frau arbeitet, wenn überhaupt, als Teilzeitkraft.

Wie anders ist es sonst zu erklären, dass sogar bei gleichem Gehalt, wie z. B. A 9, die Mutter entweder Elternzeit ohne Arbeitsanteil oder Teilzeitarbeit beantragt.

Die Folgen sind gravierend. Während der Ehepartner alle Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung hat, sind diese bei seinem weiblichen Pendant trotz Laufbahnnachzeichnung deutlich schlechter, was sich in dem geringen Anteil der weiblichen Führungskräfte in der Polizei Bremen widerspiegelt.

Karriere bedeutet auch immer finanziellen Aufstieg und daran gekoppelt höhere Pensionsansprüche im Alter. Argumentativ kann entgegengehalten werden,

dass auch die Ehefrauen von der Karriere ihres Mannes profitieren. Dem entgegen steht die Scheidungsrate von über 40%, von der auch Polizistinnen nicht ausgenommen sind.

ELTERNZEIT muss wörtlich genommen werden, um ein Gleichgewicht sowohl in der Familie als auch im beruflichen Alltag herzustellen. Dieses muss eine Herausforderung für Führungskräfte sein, um mithilfe ihrer qualifizierten Mitarbeiterinnen eine Veränderung der Unternehmenskultur zu erreichen.

Altersarmut ist auch in der Polizei ein Problem, dem begegnet werden muss; denn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht frauenspezifisch zu sehen.

Siggi Holschen

GdP-SERVICE-GMBH

Anzeige

8 Tage Erlebnisreise
vom 15. bis 22. Sept. 2013

Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker



pro Person im Doppelzimmer
1.099,00 €



Auf dieser Reise erleben Sie die bezaubernde Landschaft des Baltikums und der Kurischen Nehrung sowie die Städte Tallinn, Riga und Kaunas

Reiseverlauf:

- 15.09. Flug mit Lufthansa nach Tallinn
- 16.09. Erleben und erkunden Sie das mittelalterliche Tallinn
- 17.09. Fahrt in das Ostseebad Pärnu und weiter nach Riga
- 18.09. Erkunden Sie die Gassen der Altstadt von Riga
- 19.09. Berg der Kreuze und Bernsteinmuseum
- 20.09. Mit der Fähre auf die Kurische Nehrung
- 21.09. Über Kaunas nach Vilnius
- 22.09. Besichtigung der Altstadt von Vilnius
anschl. Rückflug nach Deutschland

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

pro Person im Doppelzimmer **1.099,00 €**
Einzelzimmeraufschlag **230,00 €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Leistungen

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa nach Tallinn
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

Ihr Gebeco Mehr Wert:

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 170 93
Telefax 0431 / 170 92
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 502 17 36
Telefax 0451 / 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco • Hinweis: Änderungen, Irrtümer und Zwischenverkauf, Flugplan, Hotel- und Programmänderungen bleiben vorbehalten • Vermittler Gebeco GmbH & Co KG

